



AMBASSADE DE SUISSE
EN RÉPUBLIQUE ARABE D'EGYPTE

LE CAIRE, le 7. Februar 1972

10, Sh. Abdel Khalek Saroit
Téléphones 78171-78172

Ref. SD.051.12 - F/zu

cn					c/a
Re					8.3
Vin					<i>h</i>
LPD	8. März 1972				
Ref.	<i>a. 211.</i>				

Herrn Bundesrat Pierre G r a b e r
Vorsteher des Eidgenössischen
Politischen Departements

3003 B e r n

p. B. 52.31. Soudan. O.
p. B. 52.31. Soudan. Schmidheiny

Herr Bundesrat,

Ich habe gestern dem Präsidenten der Demokratischen Republik Sudan, Generalmajor Gaafar Mohamed Nimeri, mein Beglaubigungsschreiben und das Abberufungsschreiben meines Vorgängers überreicht, und lege den Text meiner Ansprache bei. Die Antwoortsrede wurde auf arabisch gehalten. Sobald sie übersetzt ist, schicke ich sie nach.

Vor der Zeremonie hatte mich der Protokollchef gebeten, den im beiliegenden Text eingeklammerten Passus über die Nationalisierungen auszulassen. Der Präsident wolle mit mir unter vier Augen darüber sprechen, was er in der Folge dann auch tat. Er sagte, die Nationalisierungsmassnahmen seien nötig gewesen, um gegen die sich ausbreitende Korruption vorzugehen und die Wirtschaft neu zu ordnen. Das sei nun geschehen, und es werde keine neuen Nationalisierungen mehr geben. Die Anspruchsberechtigten würden fair entschädigt. Die Schätzungskommissionen seien am Werk. Um eine rasche Bezahlung der Entschädigungsbeträge zu ermöglichen, bemühe sich die Regierung um eine Auslandsanleihe.

Ich antwortete, wir hätten im Prinzip Verständnis dafür, dass die Entwicklungsländer über die ausländischen Firmen Kontrolle haben wollen, besonders wenn sie in der Volkswirtschaft einen



beherrschenden Einfluss ausüben; aber es bestehe eben die Gefahr, dass mit der Nationalisierung das Entwicklungsland den ausländischen "know-how" verliere. Eine Partnerschaft zwischen privatem Investor und öffentlicher Hand sei daher vielleicht die geeignete Form, um den Interessen beider Seiten gerecht zu werden. Im Falle der Sudan Portland Cement Company habe das Land die Mitarbeit hochqualifizierter ausländischer Industrieller verloren, von denen der schweizerische Hauptaktionär Dr. Max Schmidheiny Bedeutendes zum wirtschaftlichen Aufbau in der Schweiz und in andern Ländern geleistet habe.

Präsident Nimeri schien berührt von dieser Bemerkung, da seinerzeit bei der Nationalisierung offenbar zu wenig an diesen Aspekt gedacht worden ist. Ich habe hierüber verschiedene weitere Informationen bekommen, worüber ich gesondert berichte. Der Präsident lehnte sich zu mir und sagte mit Nachdruck wörtlich: "We cannot afford to lose the co-operation of people like Dr. Schmidheiny. Please tell him that I ask him to come and see me. Do assure him that we wish to settle his claims in a fair manner." Ich werde dies Herrn Dr. Schmidheiny mitteilen.

Der Präsident stellte dann die Frage, ob es stimme, dass unsere Regierung Anstalten treffe, den UN beizutreten. Ich erläuterte unseren Standpunkt und machte auf die Besonderheit der schweizerischen Referendumsdemokratie aufmerksam. Er zeigte Verständnis und meinte, ein schweizerischer Beitritt wäre sehr erwünscht.

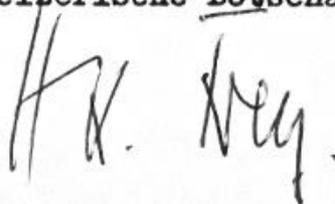
Wir sprachen im weitern über eventuelle Entwicklungsmöglichkeiten für den Tourismus, der geeignet wäre, das Handelsbilanz-Defizit auszugleichen oder wenigstens zu verringern. Ich bemerkte, dass meines Erachtens der Tourismus im Sudan in Verbindung mit den Nachbarländern im Süden und Norden entwickelt werden sollte, die bereits viele Touristen anziehen. Präsident

- 3 -

Nimeri gab zu, dass der moderne Tourismus sich tatsächlich auf Tours durch mehrere Länder erstreckt und damit die Möglichkeit bestände, den Touristenstrom auf den Sudan abzulenken. Es sei aber im Sudan noch keine eigentliche Studie über den Tourismus gemacht worden. Der Präsident stellte aber kein Begehren, dass dies mit unserer Hilfe geschehen solle. Die Frage verdient aber Prüfung, und ich werde darüber dem Delegierten für technische Zusammenarbeit berichten.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:



Beilage erwähnt